



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2010

---

## **Entwicklungen im Verwaltungsrecht**

Uhlmann, Felix

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-36330>

Journal Article

Accepted Version

Originally published at:

Uhlmann, Felix (2010). Entwicklungen im Verwaltungsrecht. Schweizerische Juristen-Zeitung, 106(18):425-430.

## **ENTWICKLUNGEN IM VERWALTUNGSRECHT**

Felix Uhlmann

### **I. Rechtsprechung**

#### **A. Materielles**

- 1 Das Verwaltungsrecht ist stark durch die Praxis des Bundesgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts, der kantonalen Gerichte sowie der verwaltungsinternen Rechtspflegeinstanzen geprägt. Die vorliegende Darstellung beschränkt sich auf die veröffentlichte Rechtsprechung des Bundesgerichts und (vereinzelt) des Bundesverwaltungsgerichts, ohne dass damit die überragende Bedeutung der kantonalen Rechtspflegeinstanzen verkannt werden soll.
- 2 In verschiedenen Bereichen des Wirtschaftsrechts stellt sich die Frage der *Koordination zivilrechtlicher und verwaltungsrechtlicher Verfahren* (Finanzmarktaufsichtsrecht, Kartellrecht und UWG, Heilmittelrecht etc.). In BGE 135 II 172 ff. hatte sich das Bundesgericht mit einem Tarifgenehmigungsbeschluss der Eidgenössischen Schiedskommission für die Verwertung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten betreffend "Public Viewing" zu befassen. Im Urheberrechtsgesetz ist vorgesehen, dass rechtskräftig genehmigte Tarife für Zivilgerichte verbindlich sind<sup>1</sup>. Der Zivilprozess kann dementsprechend das öffentlich-rechtliche Verfahren nicht ersetzen. Für das Bundesgericht liegt es deshalb nahe, Art. 59 Abs. 2 URG, der im öffentlich-rechtlichen Verfahren nur die Beteiligung der Verwertungsgesellschaften und der Nutzerverbände vorsieht, "zu relativieren" und allenfalls weitere Betroffene zuzulassen<sup>2</sup>. Denn: "Eine (verwaltungsrechtliche) Gesamtschau begrenzt das Risiko unvorhergesehener und im Zivil-

---

<sup>1</sup> Art. 59 Abs. 3 URG.

<sup>2</sup> BGE 135 II 172 ff., 180 f. E. 2.3.4.

prozess unter Umständen nicht zu berücksichtigender Auswirkungen und verringert die Gefahr der Notwendigkeit von zivilrechtlichen Folgeverfahren"<sup>3</sup>.

- 3 In BGE 135 II 384 ff. sowie BGE 135 II 405 ff. hatte sich das Bundesgericht mit Tierversuchen an Primaten zu beschäftigen. Das Bundesgericht schützte das Verbot der kantonalen Vorinstanzen. Abgesehen von der materiellen Bedeutung des Falles für das Tierschutzrecht, insbesondere dem Versuch des Bundesgerichts, den Begriff der Würde des Tiers zu konkretisieren<sup>4</sup>, zeigt der Fall deutlich, dass das Verwaltungsrecht um schwierige Abwägungen, d.h. insbesondere Interessen, die kaum gegeneinander abgewogen werden können, nicht herumkommt. Nicht ganz geklärt dürfte sein, in welchem Verhältnis solche Interessenabwägungen zur erklärten Zurückhaltung des Bundesgerichts stehen, wenn die Vorinstanzen ein besonderes Fachwissen aufweisen<sup>5</sup>.
- 4 Verwaltungsrechtliche Rechte und Pflichten können in der Regel einer Person zugeordnet werden; ihre Übertragung auf Dritte bedarf oft der Zustimmung der zuständigen Behörde<sup>6</sup>. In BGE 135 II 356 ff., 360 f. E. 3.2, stellt das Bundesgericht klar, dass eine verwaltungsrechtliche Pflicht auch eine Gruppe von Personen treffen kann, wenn diese in qualifizierter Weise zusammenwirken. Konkret zu beurteilen war eine Unterstellung unter die Aufsicht der FINMA. Das Bundesgericht führt aus: "Der Schutz des Marktes und der Anleger ... rechtfertigt trotz formaljuristischer Trennung der Strukturen finanzmarktrechtlich eine einheitliche (wirtschaftliche) Betrachtungsweise, wenn zwischen den einzelnen Personen und/oder Gesellschaften enge wirtschaftliche (bzw. finanzielle/geschäftliche), organisatorische und personelle Verflechtungen bestehen und vernünftigerweise einzig eine Gesamtbetrachtung den faktischen Gegebenheiten und der Zielsetzung der Finanzmarktaufsicht gerecht wird"<sup>7</sup>. In der Sache leuchtet der Entscheid des Bundesgerichts ein. Aus der Begründung wird allerdings nicht ganz klar, ob beim betreffenden Entscheid im Wesentlichen die *wirtschaftliche Be-*

---

<sup>3</sup> BGE 135 II 172 ff., 181 E. 2.3.4.

<sup>4</sup> BGE 135 II 405 ff., 414 f. E. 4.3.4.; 135 II 384 ff., 402 f. E. 4.6.1.

<sup>5</sup> BGE 135 II 384 ff., 389 f. E. 2.2.2.

<sup>6</sup> Vgl. BGE 132 II 485 ff., 507 E. 7.4.2.; ULRICH HÄFELIN/GEORG MÜLLER/FELIX UHLMANN, Allgemeines Verwaltungsrecht, 5. Aufl., Zürich 2006, Rz. 833 f.; PIERRE TSCHANNEN/ULRICH ZIMMERLI/MARKUS MÜLLER, Allgemeines Verwaltungsrecht, 3. Aufl., Bern 2009, § 43 Rz. 20.

<sup>7</sup> BGE 135 II 356 ff., 361 E. 3.2.

*trachtungsweise aus dem Steuerrecht*<sup>8</sup> auf das Wirtschaftsverwaltungsrecht (oder das allgemeine Verwaltungsrecht) übertragen werden soll oder ob das Bundesgericht von einer *Umgehung* ausgeht, die nach Treu und Glauben keinen Schutz verdient.

- 5 Wie auch in früheren Berichtsjahren<sup>9</sup> hatte sich das Bundesverwaltungsrecht mit dem *Begriff der Verfügung* nach Art. 5 VwVG auseinanderzusetzen. Zu unterscheiden ist dabei der (materielle) Verfügungsbegriff und die (formelle) Verfügungsform. Sind die materiellen Elemente des Verfügungsbegriffs nach Art. 5 VwVG gegeben, liegt eine Verfügung vor, auch wenn ihre Eröffnung nicht den Vorschriften von Art. 34 f. VwVG entspricht und damit (formell) fehlerhaft ist; vorbehalten bleibt der Fall der Nichtigkeit<sup>10</sup>. In BVGE 2009/43 hat das Bundesverwaltungsgericht - recht weitgehend - auch ein E-Mail als Verfügung genügen lassen<sup>11</sup>.
- 6 Gemäss Art. 4 RPG sorgen die mit *Planungsaufgaben* betrauten Behörden dafür, dass die Bevölkerung über die Ziele und den Ablauf der Planungen unterrichtet wird und dass die Bevölkerung bei Planungen in geeigneter Weise mitwirkt. Dieses Mitwirkungsrecht schliesst nicht aus, dass die Behörde nach Durchführung der Planaufgabe untergeordnete Planänderungen ohne nochmaligen Einbezug der Bevölkerung oder der direkt Betroffenen vornimmt. Dies kann dazu führen, dass sich die direkt Betroffenen erst nachträglich mittels eines Rechtsmittels gegen die Planänderung zur Wehr setzen können. Das Bundesgericht sieht darin allerdings keinen Verstoß gegen das rechtliche Gehör (Art. 29 Abs. 2 BV) - auch wenn das Bundesgericht einräumt, dass die mit Einwendungen befasste Planungsbehörde nach dem Planungsentscheid "nicht mehr in dem Masse frei ist, wie sie es in einem der Abstimmung vorgelagerten Verfahren wäre, weshalb von ihr im Rahmen der Vernehmlassung im Rechtsmittelverfahren keine wirklich unvoreingenommene Prüfung zu erwarten ist"<sup>12</sup>. Der Entscheid markiert eine heikle Trennlinie zwischen allgemeinem Verfahrensrecht (mit umfassenden Parteirech-

---

<sup>8</sup> Vgl. MARKUS REICH, Steuerrecht, Zürich 2009, § 6 N 13 ff.

<sup>9</sup> SJZ 105 (2009) 422 ff., 423; SJZ 104 (2008) 428 ff., 430 f.

<sup>10</sup> BVGE 2009/43 603 ff., 608 E. 1.1.7.

<sup>11</sup> BVGE 2009/43 603 ff., 607 ff. E. 1.1.4 ff.

<sup>12</sup> BGE 135 II 286 ff., 294 E. 5.2.

ten) und direkter Demokratie. Das Bundesgericht behilft sich damit, dass es im Wesentlichen die im RPG festgelegten Regeln<sup>13</sup> als abschliessend erachtet.

- 7 Oft bestehen Unsicherheiten darüber, auf welcher Grundlage und unter welchen Voraussetzungen straf- und/oder verwaltungsrechtlich unerlaubte Gegenstände oder erzielte Gewinne eingezogen werden können<sup>14</sup>. In BGE 135 I 209 ff. hat das Bundesgericht klar gestellt, dass auch bei einer definitiven, rechtmässigen Einziehung die Eigentumsgarantie von Bedeutung bleibt. Für nach dem Waffengesetz eingezogene Waffen bedeutet dies, dass zunächst zu prüfen ist, ob diese von anderen Personen legal verwendet werden können und dementsprechend überhaupt rechtmässig ein Erlös erzielt werden kann. Der Verhältnismässigkeitsgrundsatz gebietet die Verwertung der Sache zu Gunsten des Berechtigten. Die Einziehung nach Waffengesetz (wie auch nach Art. 69 StGB) hat keinen repressiven Charakter<sup>15</sup>.
- 8 *Staatshaftungsansprüche* setzen rechtswidriges Handeln der Behörde voraus. Unsicher ist, wie der Begriff der Rechtswidrigkeit zu verstehen ist, wenn der Schaden durch einen fehlerhaften Entscheid einer Behörde oder eines Gerichts verursacht wird. Klar ist, dass die Feststellung der Unrichtigkeit im Rechtsmittelverfahren nicht automatisch Rechtswidrigkeit des Entscheides im Sinne der Staatshaftung bedeutet. In BVGE 2009/57, 796 ff., verlangt das Bundesverwaltungsgericht "un manquement caractérisé (einen besonderen Fehler)"<sup>16</sup>. Dabei weist das Bundesverwaltungsgericht zu Recht darauf hin, dass das Bundesgericht für die Annahme eines besonderen Fehlers unterschiedliche Voraussetzungen verlangt. Teilweise wird von einer schweren Rechtsverletzung oder gar einer Amtspflichtverletzung gesprochen, teilweise soll bereits ein "qualifizierter Ermessensfehler" ausreichen. Zwischen einer wesentlichen Amtspflichtverletzung und einem qualifizierten Ermessensfehler liegt aber eine grosse Spannbreite an Fehlerhaftigkeit; ein qualifizierter Ermessensfehler (z.B. Überschreiten des Ermessens) ist nichts anderes als eine einfache Rechtsverletzung. Es ist bedauerlich,

---

<sup>13</sup> Art. 4 RPG; Art. 33 RPG.

<sup>14</sup> Vgl. NIKLAUS SCHMID, Einziehung unrechtmässig erlangter Vorteile, in: Isabelle Häner/Bernhard Waldmann (Hrsg.), Verwaltungsstrafrecht und sanktionierendes Verwaltungsrecht, Zürich 2010, S. 75 ff.

<sup>15</sup> BGE 135 I 209 ff., 217 E. 3.3.2.

<sup>16</sup> BVGE 2009/57 796 ff., 801 E. 2.3.3.

dass das Bundesverwaltungsgericht keinen eigenen Klärungsversuch unternimmt.

- 9 Öffentlicher Grund ist begehrt und die rechtsgleiche Zuweisung von Nutzerinteressen stellt die Verwaltung oft vor eine anspruchsvolle Aufgabe<sup>17</sup>. Von erheblicher Bedeutung ist die Qualifikation einer bestimmten Nutzung als schlichter oder gesteigerter Gemeingebrauch oder als Sondernutzung. Unter den schlichten Gemeingebrauch fallen gemäss BGE 135 I 302 ff. in der Regel "alle jene Tätigkeiten ..., die entsprechend der breit umschriebenen und weit verstandenen Widmung der Allgemeinheit voraussetzungslos offen stehen"<sup>18</sup>. Entscheidendes Kriterium bildet die Gemeinverträglichkeit; im Idealfall ist eine gleichartige Benutzung durch alle Interessierten praktisch möglich<sup>19</sup>. Geht die Nutzung darüber hinaus, liegt gesteigerter Gemeingebrauch oder gar Sondernutzung vor. Im konkreten Fall teilte das Bundesgericht die Auffassung des kantonalen Gerichts, dass eine Unterschriftensammlung in der Fussgängerzone durch zwei, drei Personen noch zum schlichten Gemeingebrauch zu rechnen ist. Dementsprechend durfte für die entsprechende Tätigkeit auch keine Bewilligung verlangt werden. Bedeutsam erscheint die Aussage des Bundesgerichts im oben genannten Entscheid, wonach "insbesondere die Begriffe des schlichten bzw. des gesteigerten Gemeingebrauchs kantonalrechtlich bestimmt sind"<sup>20</sup>. Die Zuordnung der Begriffe zum kantonalen Recht darf als Ankündigung grösserer Zurückhaltung des Bundesgerichts verstanden werden. In der Tat prüfte das Bundesgericht im vorliegenden Fall, ob das kantonale Verwaltungsgericht die entsprechenden Begriffe willkürlich angewendet hat oder nicht<sup>21</sup>. Es ist einerseits verständlich, dass das Bundesgericht sich in dieser reichen, letztlich aber doch immer den Einzelfall betreffenden Kasuistik zurückhalten möchte. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass die Nutzung des öffentlichen Grundes oft heikle grundrechtliche Abwägungen beinhaltet.

---

<sup>17</sup> Vgl. nur frühere Entscheide wie BGE 128 I 136 ff. (Riesenrad), 141 ff.; 121 I 279 ff., 282 ff. und BGE 119 Ia 445 ff., 448 ff (Zirkusse).

<sup>18</sup> BGE 135 I 302 ff., 307 E. 3.2.

<sup>19</sup> BGE 135 I 302 ff., 307 E. 3.2.

<sup>20</sup> BGE 135 I 302 ff., 306 f. E. 3.1.

<sup>21</sup> BGE 135 I 302 ff., 309 f. E. 3.3.

- 10 In BGE 136 I 87 ff. hat sich das Bundesgericht mit dem neuen Polizeigesetz des Kantons Zürich beschäftigt (abstrakte Normenkontrolle). Es hat sich in dieser Entscheid u.a. zur Regelung des Schusswaffengebrauchs und zu erkennungsdienstlichen Massnahmen geäussert; bezüglich dem gerichtlichen Rechtsschutz beim polizeilichen Gewahrsam sowie gegenüber einer zu unbestimmten Klausel betreffend der Überwachung des öffentlichen Raums hat es korrigierend eingegriffen<sup>22</sup>. Lesenswert sind auch die allgemeinen Überlegungen des Bundesgerichts zum Legalitätsprinzip im Polizeirecht. Zu Recht weist das Bundesgericht darauf hin, dass der Gesetzgeber insbesondere im Polizeirecht "nicht auf allgemeine, mehr oder minder vage und von der Praxis zu konkretisierende Begriffe verzichten" kann<sup>23</sup>. Das Bestimmtheitserfordernis stösst "wegen der Besonderheit des Regelungsbereichs auf besondere Schwierigkeiten"<sup>24</sup>. Gleichzeitig ist klar, dass gerade die polizeiliche Tätigkeit mit schweren Grundrechtseingriffen verbunden ist, was mit Blick auf Art. 36 Abs. 1 BV eine qualifizierte Anwendung des Legalitätsprinzips erfordert. In diesem Spannungsverhältnis weist das Bundesgericht insbesondere dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit eine besondere Bedeutung zu<sup>25</sup>.
- 11 Verschiedene Kantone haben zur Deckung ihrer Polizeikosten bei Grossveranstaltungen Kostenbeiträge für die Gewährleistungen der öffentlichen Sicherheit eingeführt. In BGE 135 I 130 ff. hatte das Bundesgericht eine Verordnung des Kantons Neuenburg zu beurteilen. Diese sah vor, dass den Organisatoren ein Anteil zwischen 60 und 80 Prozent der Kosten überwälzt werden sollte. Das Bundesgericht erachtet diesen Kostenrahmen als zulässig, ebenso die im Gesetz relativ offenen Begriffe des Abgabeobjekts und des Abgabesubjekts. Immerhin fordert das Bundesgericht vom Kanton, "que la facture revête une transparence suffisante quant au mode de calcul"<sup>26</sup>.

---

<sup>22</sup> BGE 136 I 87 ff., 106 ff. E. 6.5 und 111 ff. E. 8.

<sup>23</sup> BGE 136 I 87 ff., 90 E. 3.1.

<sup>24</sup> BGE 136 I 87 ff., 90 E. 3.1.

<sup>25</sup> BGE 136 I 87 ff., 91 f. E. 3.2.

<sup>26</sup> BGE 135 I 130 ff., 142 E. 7.3.

## B. Prozessuales

- 12 Im Verwaltungsrecht klärt die Behörde den Sachverhalt von Amtes wegen ab (Untersuchungsgrundsatz)<sup>27</sup>. Dieser Grundsatz wird durch allfällige Mitwirkungspflichten der Parteien erheblich relativiert. In BGE 135 II 161 ff. rief das Bundesgericht in Erinnerung, dass Mitwirkungspflichten grundsätzlich keine Umkehrung der Beweislast zur Folge haben dürfen<sup>28</sup>. Es genügt auf Seiten der betroffenen Partei "der Nachweis von Zweifeln an der Richtigkeit der Indizien und der daraus gezogenen Schlussfolgerungen"<sup>29</sup>. Bei der Frage, ob eine eheliche Gemeinschaft im Sinne von Art. 27 BÜG vorliegt, reicht es, "dass die betroffene Person einen oder mehrere Gründe angibt, die es plausibel erscheinen lassen, dass sie im Zeitpunkt ihrer Erklärung mit dem Schweizer Ehepartner in einer stabilen ehelichen Gemeinschaft lebte und dass sie diesbezüglich nicht gelogen hat"<sup>30</sup>.
- 13 Auch das Bundesverwaltungsgericht hatte sich mit dem Untersuchungsgrundsatz und den Mitwirkungspflichten zu beschäftigen<sup>31</sup>. Für die Einschätzung nach pflichtgemäsem Ermessen nach MWSTG stellt das Bundesverwaltungsgericht klar, dass statistische Erfahrungszahlen keine eindeutige Aussage über alle zu erwartenden Fälle machen<sup>32</sup>. Die Mitwirkungspflicht verlangt von der pflichtigen Person zu begründen, warum ihre Buchhaltung von derjenigen anderer Unternehmen derselben Branche erheblich abweicht<sup>33</sup>. Einen eigentlichen Gegenbeweis muss die steuerpflichtige Person nur dann erbringen, "wenn sich die Behörde eine offensichtliche Abweichung der formell ordnungsgemäss geführten Buchhaltung von überzeugenden Erfahrungszahlen trotz Erfüllung ihrer Untersuchungspflicht nicht oder nicht genügend erklären kann"<sup>34</sup>. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs gebietet, dass die Steuerbehörde die Grundlagen ihrer Erfahrungszahlen bekannt gibt<sup>35</sup>.

---

<sup>27</sup> Vgl. Art. 12 VwVG.

<sup>28</sup> BGE 135 II 161 ff., 165 f. E. 3.

<sup>29</sup> BGE 135 II 161 ff., 166 E. 3.

<sup>30</sup> BGE 135 II 161 ff., 166 E. 3.

<sup>31</sup> BVGE 2009/60 835 ff.

<sup>32</sup> BVGE 2009/60 835 ff., 841 E. 2.8.3.

<sup>33</sup> BVGE 2009/60 835 ff., 841 E. 2.8.3.

<sup>34</sup> BVGE 2009/60 835 ff., 842 E. 2.8.3.

<sup>35</sup> BVGE 2009/60 835 ff., 842 E. 2.8.4



- 14 Eine der wichtigen Fragen, die das Bundesgericht nach dem Erlass des BGG und der Inkraftsetzung der Rechtsweggarantie zu klären hat, ist die Konkretisierung von Art. 86 Abs. 3 BGG. Gemäss dieser Bestimmung können die Kantone für "Entscheide mit vorwiegend politischem Charakter" anstelle eines Gerichts eine andere Behörde als unmittelbare Vorinstanz des Bundesgerichts einsetzen. In BGE 136 I 42 ff. fasst das Bundesgericht seine bisherige – teilweise unveröffentlichte – Rechtsprechung zusammen<sup>36</sup>. Als politisch beurteilt das Bundesgericht die Ermächtigung zur Eröffnung eines Strafverfahrens gegen Mitglieder höchster kantonaler Gerichte<sup>37</sup>, nicht aber die Überprüfung ausländerrechtlicher Administrativhaft<sup>38</sup> oder einen Führerausweisentzug<sup>39</sup>. Klar zum Ausdruck bringt das Bundesgericht, dass es gewillt ist, die Ausnahmebestimmung von Art. 86 Abs. 3 BGG eng zu interpretieren<sup>40</sup>. Noch offen, aber bereits anhängig gemacht, sind Verfahren, in denen sich das Bundesgericht über den politischen Charakter von Grossbewilligungen und Konzessionen auszusprechen haben wird.
- 15 Dringlichkeit kann es rechtfertigen, das rechtliche Gehör den Betroffenen nicht vor, sondern erst nach Erlass der Verfügung zu gewähren. In BGE 135 I 279 ff. hat das Bundesgericht mit Blick auf eine Nichtwiederwahl eines Beamten klar gestellt, dass die Behörde sich nicht auf Dringlichkeit berufen kann, wenn sie diese selbst verschuldet hat<sup>41</sup>. Im betreffenden Fall, wo es um die Nichtwiederwahl des Beamten ging, ist diese Aussage einleuchtend. Zur Wahrung grundlegender öffentlicher Interessen dürfte indessen eine Gehörsverletzung möglich bleiben, auch wenn die Behörde diese letztlich selbst verschuldet hat.
- 16 Dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden sowie mit öffentlichen Aufgaben betrauten Organisation dürfen in der Regel keine Gerichtskosten auferlegt werden<sup>42</sup>. Vorausgesetzt ist, dass das Gemeinwesen im "amtlichen Wirkungskreis" und nicht aus Vermögensinteressen handelt. In BGE 136 I 39 ff. hat das Bundesgericht im Gegensatz zu einem früheren unveröffentlichten Entscheid klarge-

---

<sup>36</sup> BGE 136 I 42 ff., 45 f. E. 1.5.

<sup>37</sup> BGE 135 I 113 ff., 115 f. E. 1.

<sup>38</sup> BGE 135 II 94 ff., 97 E. 3.4.

<sup>39</sup> BGer, Urteil 1C\_346/2009 vom 6. November 2009 E. 4.1.

<sup>40</sup> BGE 136 I 42 ff., 47 E. 1.5.4.

<sup>41</sup> BGE 135 I 279 ff., 286 E. 2.6.3.

<sup>42</sup> Art. 66 Abs. 4 BGG.

stellt, dass das Gemeinwesen als Arbeitgeber grundsätzlich Vermögensinteressen verfolgt und dementsprechend nicht von den Gerichtskosten befreit ist<sup>43</sup>.

## II. Gesetzgebung

- 17 Das Verwaltungsrecht ist in Bund und Kantonen einem raschen gesetzgeberischen Wandel unterworfen. Die nachfolgende Auswahl ist notgedrungen willkürlich.
- 18 Das *Bundesgesetz über das Bundespatentgericht* (Patentgerichtsgesetz, PatGG) vom 20. März 2009<sup>44</sup> ist am 1. März 2010 in Kraft getreten. Das Bundespatentgericht wird neu als Vorinstanz des Bundesgerichts in patentrechtlichen Streitigkeiten die alleinige Zuständigkeit innehaben. Im Rahmen der Vernehmlassung wurde fiel der Vorschlag, das Bundesverwaltungsgericht für solche Fälle als Vorinstanz einzusetzen. Aufgrund der Unterschiede im Verwaltungs- und Zivilverfahren sowie der fehlenden Erfahrung der Richterinnen und Richter auf dem Gebiet des zivilrechtlichen Patentrechts zog der Gesetzgeber die Schaffung eines neuen Spezialgerichts vor<sup>45</sup>. An dieser Stelle ist jedoch darauf hinzuweisen, dass das Bundesverwaltungsgericht seine Zuständigkeit regelmässig auch in Rechtsgebieten mit stark privatrechtlichem Einschlag bejaht, z.B. für Widerspruchsverfahren im Markenrecht<sup>46</sup> oder bei Streitigkeiten mit einer Verwertungsgesellschaft<sup>47</sup>.
- 19 Die Referendumsfrist für das *Bundesgesetz über die Kulturförderung* (Kulturförderungsgesetz, KFG) vom 11. Dezember 2009<sup>48</sup> ist am 1. April 2010 unbenutzt abgelaufen. Das KFG wird voraussichtlich am 1. Januar 2012 in Kraft treten. Parallel zur Ausarbeitung des KFG wurde auch das Bundesgesetz über die Stiftung Pro Helvetia vom 17. Dezember 1965<sup>49</sup> einer Revision unterzogen<sup>50</sup>. Dessen In-

---

<sup>43</sup> BGE 136 I 39 ff., 41 E. 8.1.4.

<sup>44</sup> SR 173.41.

<sup>45</sup> Vgl. Botschaft zum Patentgerichtsgesetz, BBl 2008 455 ff., 465.

<sup>46</sup> BVGer, Urteil B-7449/2006 vom 20. August 2007 E. 1.

<sup>47</sup> BVGE 2008/37 539 ff., 546 E. 6.

<sup>48</sup> BBl 2009 8759 ff.

<sup>49</sup> SR 447.1.

<sup>50</sup> Vgl. Botschaft zum Kulturförderungsgesetz, BBl 2007 4819 ff.

halt ist im Kulturförderungsgesetz integriert worden (Art. 31 ff. KFG)<sup>51</sup>. Verabschiedet wurde zudem das Bundesgesetz über die Museen und Sammlungen des Bundes (Museums- und Sammlungsgesetz, MSG) vom 12. Juni 2009<sup>52</sup>, welches am 19. Oktober 2009 in Kraft getreten ist.

- 20 Abschliessen gehört das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen vom 3. Oktober 2008<sup>53</sup> aufgezählt. Es gilt für geschlossene Räume, die öffentlich zugänglich sind oder mehreren Personen als Arbeitsplatz dienen. Das Gesetz ist am 1. Mai 2010 in Kraft getreten<sup>54</sup>. Die Kantone können weiterhin strengere Vorschriften zum Schutz der Gesundheit erlassen (Art. 4).

### III. Literatur

- 21 Auch bei der Fülle neuer Literatur zum Verwaltungsrecht muss sich der Beitrag auf einige wenige Hinweise beschränken. Zu erwähnen ist zunächst das Standardwerk von PIERRE TSCHANNEN, ULRICH ZIMMERLI und MARKUS MÜLLER, welches 2009 in der dritten Auflage erschienen ist<sup>55</sup>. Das Buch ist sowohl für Studierende wie auch für die Praxis von grossem Wert.
- 22 Ein nützliches Sammelwerk ist die dritte Ausgabe des Forums für Verwaltungsrecht, welche sich der Schnittstelle zwischen dem Verwaltungs- und dem Strafrecht widmet<sup>56</sup>. In der Gesetzgebung sind die Verwaltungssanktionen tendenziell verschärft und strafrechtlichen Sanktionen angenähert worden. Die einzelnen Beiträge arbeiten im Verwaltungsrecht tendenziell vernachlässigte Fragestellungen auf.
- 23 Im Bereich des besonderen Verwaltungsrechts ist auf den Beitrag von Alexander Ruch zum Umwelt und Bodenrecht aus der Schriftenreihe "Schweizerisches Bun-

---

<sup>51</sup> BBl 2009 8759 ff., 8771.

<sup>52</sup> SR 432.30; Botschaft zum Museums- und Sammlungsgesetz, BBl 2007 6829 ff.

<sup>53</sup> SR 818.31.

<sup>54</sup> AS 2009 6285 ff., 6287.

<sup>55</sup> PIERRE TSCHANNEN/ULRICH ZIMMERLI/MARKUS MÜLLER, Allgemeines Verwaltungsrecht, 3. Aufl., Bern 2009.

<sup>56</sup> ISABELLE HÄNER/BERNHARD WALDMANN (Hrsg.), Verwaltungsstrafrecht und sanktionierendes Verwaltungsrecht, Zürich 2010.

desverwaltungsrecht" hinzuweisen<sup>57</sup>. Ausserdem erscheint 2010 die dritte Nachlieferung des Kommentars zum Bundesgesetz über die Raumplanung<sup>58</sup>.

---

<sup>57</sup> ALEXANDER RUCH, Umwelt – Boden – Raum, Schweizerisches Bundesverwaltungsrecht (Band VI), Basel 2010.

<sup>58</sup> HEINZ AEMISEGGER/ PIERRE MOOR/ ALEXANDER RUCH/ PIERRE TSCHANNEN (Hrsg.), Kommentar zum Bundesgesetz über die Raumplanung RPG, Grundwerk inkl. 3. Nachlieferung, Zürich 2010.